Nummer 321 | **Samstag, 21. November 2015**

Ein Akt des Krieges?

Ein aufstrebender Nationalismus, Kriegsrhetorik und Ausnahmezustand als Reaktion auf anti-demokratische Anschläge stellen Europa vor seine vielleicht größte Zerreißprobe.

Von Adham Hamed



Schwer bewaffnete Polizei beim Eiffelturm in Paris. In Frankreich herrscht der Ausnahmezustand. Foto: EPA/Horcajuelo

Nicht nur Paris. Auch Beirut, Ankara und der ägyptische Sinai wurden in den vergangenen Wochen von blutigen Anschlägen erschüttert. Diese Liste ließe sich um noch einige Orte erweitern. In der allgemeinen Solidarität mit Frankreich wurden diese in der medialen Öffentlichkeit jedoch massiv an den Rand gerückt. Unter dem Eindruck der Trauer offenbart sich nun ein Nationalismus, der ein hohes Gewaltpotenzial mit sich bringt. Die Frage nach dem adäquaten Umgang mit diesen politischen Herausforderungen betrifft uns alle.

Terror nicht nur in Europa

Ein mutmaßlicher Terroranschlag auf einen russischen Airbus über der Sinai-Halbinsel forderte vor drei Wochen 224 Todesopfer. Ähnlich wie die Anschläge von Paris hat dieser ideologische Hintergründe, muss dabei aber auch im Kontext einer verfehlten Nahost-Politik betrachtet werden. Geleitet von widersprüchlichen politischen Strategien, produzieren Russland und Frankreich, neben anderen Konfliktparteien, eine gefährliche Komplexität im Syrien-Konflikt. Das bereitet einen Nährboden für Radikalisierung und Gewalt, die nun zunehmend die Region und Europa, zuletzt den Sinai und Paris, erreichen.

Im Norden des Sinai ist die Lage besonders prekär. Dort versagt der ägyptische Staat in einem ohne politische Visionen geführten Kampf gegen den Terror. Bei den derzeit stattfindenden Parlamentswahlen werben währenddessen unzählige Plakate mit dem Schriftzug „Aus Liebe zu Ägypten". Gemeint ist damit ein blindes Vertrauen der Wähler in den Sicherheitsapparat unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi. Die großen sozio-ökonomischen Fragen werden ausgeklammert, obwohl die jahrzehntelange strukturelle Vernachlässigung des Sinai zur Radikalisierung islamistischer Gruppierungen beigetragen hat.

Das Regime spielt bewusst mit der Angst der Menschen vor einem syrischen Szenario in Ägypten. Viele Menschen befürworten folglich diese repressive Politik. Bei anderen löst sie ein teilnahmsloses Schulterzucken aus. Von einem Demokratisierungsprozess ist man hier meilenweit entfernt: Die Wahlbeteiligung ist mit nur 26 Prozent nach der ersten Runde im Vergleich zu 59 Prozent im Jahr 2011 erschreckend niedrig. Der Sicherheitsapparat versucht, oppositionellen Aktivismus im Keim zu ersticken. Im Vergleich zu den Mubarak-Jahren ist die rote Linie zwischen dem, was toleriert, und dem, was als staatsfeindlich betrachtet wird, verschwommener. Das Militärregime unter Sisi versucht, durch eine undemokratische Überwachungspolitik und neue Anti-Terror-Gesetze seine Machtposition zu behaupten.



Präsident François Hollande hat nach den Terrorangriffen einen Krieg gegen die IS-Jihadisten ausgerufen. Foto: Reuters/Valat



Ägyptens Machthaber Abdel Fattah al-Sisi (Mitte) setzt auf Repression und Nationalismus. Foto: APA/AFP/Ho



Flugzeugtrümmer in der Wüste des Sinai. Nur zwei Wochen vor Frankreich war auch Russland das Ziel eines Angriffs. Foto: APA/EPA/Maxim Grigoriev

Diese Entwicklung sollte für Europa von größtem Interesse sein, droht doch auch hier ein immer stärkerer Rückfall in nationalistische Handlungsmuster. Man soll Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Und doch ist es ein erstarkender Nationalismus, einhergehend mit politischer Ausgrenzung und einem immer lauter werdenden Ruf nach Sicherheit, der Frankreich und Ägypten in ihren Reaktionen auf die blutigen Anschläge gemein ist.

Europäische Exportprodukte

Der französische Präsident François Hollande hat auf die Pariser Anschläge mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen reagiert. Weitere Anschläge wird er dadurch kaum verhindern können, denn der so genannte Islamische Staat (IS) macht nicht an Grenzen halt. Ähnlich verhält sich die ägyptische Armee auf dem Sinai. Nach dem Airbus-Absturz wurde die Präsenz der Sicherheitskräfte verstärkt und der Sinai weitgehend abgeriegelt. An den strukturellen Problemen der Halbinsel, etwa der geringen Repräsentation politischer Minderheiten in einem von Kairo zentralistisch regierten Staat sowie der Vernachlässigung des Gesundheits- und Bildungsbereichs, wird das nichts ändern. Genauso wird Hollandes Sicherheitspolitik die Ausgrenzung junger Menschen, die in einem elitenfördernden Frankreich kaum Chancen auf sozialen Aufstieg haben und beispielsweise im Bildungssystem Frustration und Rassismus erleben, wahrscheinlich noch verstärken.

In einer Reihe von Terrorakten nach dem 11. September 2001 waren die Täter Bürger europäischer Staaten – so auch in Paris. Der vergangene Woche bei einem Drohnenangriff getötete Brite, der unter dem Pseudonym Jihadi John durch seine brutalen Exekutionen von IS-Geiseln vor laufender Kamera bekannt wurde, ist hierfür ein Beispiel von vielen. Jihadisten sind das weitaus größere Exportprodukt Europas in den Nahen Osten als umgekehrt. Dass europäische Staaten nun mit der Wiedereinführung innereuropäischer Grenzen reagieren, ist Ausdruck fataler Vereinfachungen komplexer Phänomene. Durch diese Abgrenzungspolitik wird das europäische Projekt vor seine vielleicht größte Zerreißprobe gestellt.

Hollande bezeichnete die Pariser Attacken als einen „Akt des Krieges". Im klassisch-völkerrechtlichen Sinn ist Krieg jedoch ein Monopol von modernen Nationalstaaten. Derartige Kriegsrhetorik sichert Hollande internationale Solidarität, verleiht dem IS aber politische Anerkennung. Dieser gründet sich jedoch auf ein prämodernes Verständnis von Staatlichkeit. Souveränität über geografisches Territorium in der Levante ist für ihn nur *eine* von mehreren konstituierenden Komponenten. Ideologie ist gewissermaßen auch Territorium seiner Landkarte. Genau diese Besonderheit verkennen Hollande und Sisi letztlich beide, indem sie Grenzen hochziehen, Ausnahmezustände verhängen und Anti-Terror-Gesetze erlassen. Darauf zielen solche Anschläge ab. In Frankreich erleben wir, wie rasch, unter dem Applaus der Weltöffentlichkeit, der Rechtsstaat bis an seine Grenzen gedehnt werden kann, indem der Exekutive eine hohes Maß an Willkür eingeräumt wird. Demokratiepolitisch fragwürdige Reaktionen auf antidemokratische Handlungen könnten dabei nicht nur die Dynamiken von neuen, territorial stark entkoppelten Konflikten verstärken. Sie könnten auch rechtsextremen Parteien einen mehrheitsfähigen Zuspruch sichern und so das europäische Friedensprojekt zu Grabe tragen.

Militärische Strategien und politische Visionen

Das Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit unter dem direkten Eindruck von Terror ist real. Es ist eine enorme Herausforderung, angemessene politische Antworten auf Gewaltakte, die man kaum in Worte fassen kann, zu finden. Und doch gibt es Beispiele für andere Wege im Umgang mit terroristischen Attentaten. Jens Stoltenberg, damals norwegischer Ministerpräsident und jetzt NATO-Generalsekretär, stellte sich 2011 unmittelbar nach dem Attentat Anders Breiviks vor die Weltöffentlichkeit und kündigte „mehr Demokratie und mehr Offenheit" an. Bei der Gedenkfeier für die 77 Opfer zitierte er eine junge Norwegerin: „Wenn ein Mann so viel Hass zeigen kann, denkt nur, wie viel Liebe wir zeigen können, indem wir zusammenstehen." Wie Breivik waren auch die Attentäter von Paris und die Hintermänner des mutmaßlichen Anschlages auf den russischen Airbus keine von uns losgelöst zu betrachtenden Individuen. Vielmehr sind sie auch Produkte einer Gesellschaft, die gewaltvollen, menschenverachtenden Ideologien einen Nährboden bereitet.

Militärische Optionen dürfen in Anbetracht dieser gewaltvollen Anschläge nicht ausgeschlossen werden. Wenn aber die Reaktion auf Gewalt der Ruf nach einer Ausweitung von Überwachung und exekutiven Befugnissen sowie das Hochziehen von Grenzzäunen ist, wenn damit eine blinde Liebe zur Nation einhergeht, wie sie derzeit im ägyptischen Parlamentswahlkampf und in der allgemeinen Solidarität mit Frankreich zelebriert wird, und wenn derartiger Nationalismus von einer breiten europäischen Öffentlichkeit unkritisch vorangetrieben wird, dann sind die politischen Übergangsprozesse im Nahen Osten und die Zukunft des vermeintlichen Friedensprojektes Europa gleichermaßen gefährdet. Ein stark nationalistisches Europa würde den nächsten Breiviks und Jihadi Johns einen fruchtbaren Boden bereiten und dem IS letztlich in die Hände spielen. Ein kurzes Innehalten, wie dies in Norwegen geschehen ist, könnte der Demokratie, Pluralität und Freiheit in Europa und im Nahen Osten gleichermaßen dienlich sein.

Zur Person



Adham Hamed ist Friedens- und Konfliktforscher mit Fokus auf den Nahen Osten und Nordafrika. Er lebt in Kairo und Innsbruck. Sein Buch „Speaking the Unspeakable: Sounds of the Middle East Conflict" erscheint demnächst im Verlag Springer.

adham.hamed@manypeacesfestival.org